

## Unheimlich breit

**Ähnlich wie Vietnam in den sechziger Jahren mobilisiert jetzt El Salvador Linke aller Art in Westdeutschland.**

In Bremen zertrümmerten faustgroße Pflastersteine die Scheiben des amerikanischen Konsulats, in Hamburg gingen die Auslagen eines Arko-Kaffeegeschäftes und Fensterscheiben der „American Express Bank“ zu Bruch.

20 000 Bürger demonstrierten in Frankfurt für das „Selbstbestimmungsrecht eines unterdrückten Volkes“, und in Münster berieten 1500 Linke unterschiedlicher ideologischer Prägung über gemeinsames Vorgehen. Denn das Thema, das Demonstranten in diesem Frühjahr auf die Straße treibt und manche zur Gewalt, beherrscht seit geraumer Zeit auch die Diskussion linker politischer Zirkel:

El Salvador, im Hinterhof Amerikas gelegen, gerade so groß wie Hessen und 10 000 Kilometer davon entfernt, entwickelt sich zum Integrationsfaktor für die ansonsten zerstrittenen Linken in der Bundesrepublik – ähnlich wie einst, Ende der 60er Jahre, der Vietnam-Krieg.

Der Kleinstaat steht mittlerweile als Synonym für das massive Engagement der USA in Zentralamerika, für westlichen Imperialismus schlechthin – das macht die Sache so einsichtig für alle, die der moralischen Weltmission der Amerikaner von jeher mißtraut haben.

Zu den Bündnispartnern, die sich beim Kongreß in Münster einfanden, gehören Grüne und Sozialdemokraten,

Gewerkschafter und Spontis, Kommunisten und kirchliche Gruppen. Der Rockstar Udo Lindenberg rief ebenso „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“ auf wie der aus der DDR ausgebürgerte ehemalige SED-Wirtschaftsfunktionär Rudolf Bahro, der Filmemacher Volker Schlöndorff oder Helmut Frenz, der Generalsekretär der deutschen Sektion von Amnesty International (ai).

Anders als nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan und nach dem Schlag der polnischen Militärs gegen die „Solidarität“ äußern sich die Linken in Sachen El Salvador vernehmlich und fast unisono. „Der Streit“, lobte die alternative „Tageszeitung“, „trat hinter der Einheit zurück.“ Im Juni, wenn US-Präsident Ronald Reagan zum Nato-Gipfel in die Bundesrepublik kommt, will die neue Allianz zusammen mit der Friedensbewegung auf mehreren Großveranstaltungen gegen die US-Politik protestieren: dagegen, daß die Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten in Zentralamerika mit Waffen, Geld und Militärberatern Diktatoren an der Macht halten.

Es sind vor allem die Massaker, die nach wachsendem Protest in den USA nun auch in der Bundesrepublik dem Aufbegehren gegen die amerikanische Mittelamerika-Politik Auftrieb geben. Mehr als 30 000 Menschen wurden in El Salvador seit Oktober 1979 umgebracht – vorrangig von der Armee und rechten Todesschwadronen, deren Förderer Roberto D'Aubuisson kürzlich zum Präsidenten der verfassunggebenden Versammlung avancierte.

Gegen den „Terror in El Salvador“ macht die Bundesfrauenkonferenz des DGB ebenso Front wie der DKP-Ortsverein Köln-Klettenberg. Der Hauptvor-

stand der IG Druck brachte mit der Kampagne „Ein Stundenlohn für El Salvador“ bis jetzt etwa 180 000 Mark zusammen. Bei der Vereinigung „Christen für Salvador“, einer Gruppe von Theologie-Studenten in Münster, kamen allein in den vergangenen acht Wochen 150 000 Mark an Spenden ein.

Das Interesse für den mittelamerikanischen Staat zeigt das Ende eines politischen Katers an, der den Linken seit Mitte der siebziger Jahre als Folge des amerikanischen Debakels in Vietnam zu schaffen machte. Der „Sieg im Volkskrieg“, den Apo-Demonstranten in Berlin 1968 herbeiwünschten, verband sich für viele Linke mit der Hoffnung auf einen gänzlich neuen Typ von Menschen, der da anschließend am Ho-Tschiminh-Pfad entstehen sollte.

Die Vorstellung hatte Enttäuschung und Sprachlosigkeit zur Folge, als sich herausstellte, daß die vietnamesischen Kommunisten mit ihrer neu gewonnenen Macht auch nicht eben zimperlich umgingen. Der Terror des roten Pol-Pot-Regimes im benachbarten Kambodscha, dem Millionen zum Opfer fielen, vergrößerte noch die Verlegenheit und lähmte die Bereitschaft zur Unterstützung von Befreiungsbewegungen.

Erst die Revolution der Sandinisten in Nicaragua Ende der siebziger Jahre ließ das Engagement wieder aufflackern, das die Linken nach dem Putsch der Generäle in Chile auf die Straße gebracht und an fast jeder Universität zur Gründung von Solidaritätskomitees geführt hatte. Jetzt nehmen sich der mittelamerikanischen Szene an:

- ▷ das „Informationsbüro Nicaragua“ in Wuppertal mit über 60 Komitees, die binnen zwei Jahren rund drei Millionen Mark sammelten,
- ▷ die „Guatemala-Informationsstelle“ in München, die gleichfalls rund 60 Komitees unterhält, und
- ▷ die „Informationsstelle El Salvador“, die in einem Hinterhaus in Köln residiert und mit derzeit 120 Komitees den größten Zulauf hat.

Ende 1980 schon hatte die linke „Tageszeitung“ („taz“) mit dem Appell „Waffen für El Salvador“ zu Spenden aufgerufen. Das Blatt übernahm den „Sieg oder Tod“-Schlachtruf der Guerilla, da es zum Siegen nun mal „der Waffen“ bedürfe. Der Aufruf löste damit die unter Linken stets fällige Diskussion darüber aus, ob der Protest gegen Unterdrückung auch mit einer aktiven Förderung von Guerilleros und damit der Gewalt zu verbinden sei.

Prominente wie Heinrich Böll und Pfarrer Heinrich Albertz weigerten sich damals, die Waffen-Kampagne mitzumachen. Doch auch ohne die Symbolfiguren brachte der Appell bislang rund drei Millionen Mark, die durch Mittelsmänner im Untergrund der Guerilla zugestellt wurden. Ein Rentner aus Berlin schickte „fünf Mark“ für „Munition“, ein 26jähriger Bauingenieur aus Bremen



El-Salvador-Demonstration\*: Einheit statt Streit

\* Am 27. März in Hamburg.



Spendenübergabe an die Guerilla\*: Mittelsmänner im Untergrund

**Spendenaktion**  
**„Waffen für El Salvador“**  
**Postscheck Berlin/West**  
**288 59 - 107**  
**Sonderkonto**  
**Bankleitzahl 100 100 10**  
**Freunde der alternativen**  
**Tageszeitung e.V.**  
**1000 Berlin 65**  
  
**Bisher sind**  
**2.701.383,23 DM**  
**eingegangen.**

**Spendenaufwurf in der „Tageszeitung“**  
 „Fünf-Mark für Munition“

zwackte 85 000 Mark vom Erbe ab. Auch Peter von Oertzen, stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen, spendete, „weil es politische Probleme gibt, die sich nicht anders als mit der Waffe lösen lassen“.

Mittlerweile ist es eine Bewegung ohne Wenn und Aber: „Wir können uns hier nur politisch gegen den Völkermord in Mittelamerika einsetzen“, formuliert der Mainzer Theologe Bernd Päsche, „die Fehler sind die Sache der Leute vor Ort.“ Auch Helmut Frenz plädiert für Parteinahme. Das heimliche Verlangen nach eigener Schuldlosigkeit, so der ai-

\* Oben: Guerilla-Führerin Ana Guadalupe Martí-nez (r.). Geldbote: Mitte: am 5. März 1982.

Generalsekretär, bewirke lediglich, daß andere die Gewalt ungestört bis zum Völkermord treiben könnten.

An den Solidaritätsaktionen sind zwar auch Kommunisten beteiligt, etwa die DKP-lastige „Freundschaftsgesellschaft Cuba“, aber der Verdacht, es sei wiederum nur eine fünfte Kolonne Moskaus am Werk, ist so abwegig wie die These von der kommunistischen Steuerung der westdeutschen Friedensbewegung.

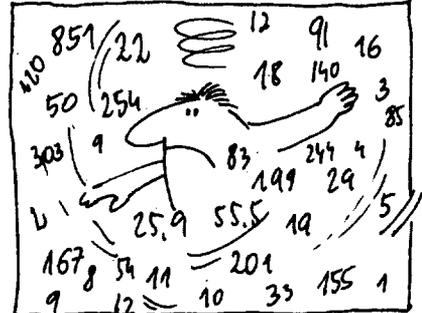
Dabei sind die „Katholische Junge Gemeinde“ Baden-Baden ebenso wie das „Dritte-Welt- und Umweltschutzforum Regentropfen“ in Offenburg, das den „letztjährigen Gewinn“ von 1500 Mark für „Bewußtseinsbildung und Flüchtlingshilfe El Salvador“ spendete. „Christen für Salvador“ boten am verkaufsoffenen Samstag in der Fußgängerzone in Münster Bananen (Stückpreis: zwei Mark) an und überwiesen „einen Überschuß von 529 Mark“. Das Altersheim Am Kappelberg im baden-württembergischen Fellbach spendete 100 Mark für den Wiederaufbau Nicaraguas, der Ortsverein Ohlbach der SPD schickte 350 Mark.

Das Spektrum, sagt Helmut Lotz vom Nicaragua-Komitee in Wuppertal, ist „derzeit unheimlich breit“. Der Zuspruch ist freilich neueren Datums.

Als Anhänger der Solidaritätsbewegung im September 1980 den Kölner Dom besetzten, um gegen den blutigen Terror in El Salvador zu protestieren, ließ die Kirche das Gotteshaus räumen. Im vergangenen Jahr noch pries CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den einstigen Präsidenten Duarte als „aufrechten Demokraten, überzeugten Christen und Freund der Armen“. Und als das Salvador-Komitee im Januar das traditionelle Dreikönigstreffen der Freien Demokraten störte („Lieber drei Könige als einen Genscher“), ließen die Libera-

# Jetzt Kosten senken mit Erfolg.

Je mehr die Kosten steigen, desto konsequenter sollten Rationalisierungsmöglichkeiten aufgrund technologischen Fortschritts genutzt werden.



Ein entscheidender Schritt: **automatische Zeitdaten-Erfassung** mit Hengstler. Sie rationalisieren damit Ihre Lohnabrechnung, machen Personaldaten transparent und gewinnen vielfältige Managementinformationen. Zurecht gilt Hengstler **weltweit als führend**: in der Entwicklung zukunftsweisender Systeme der Zeiterfassung – und in der Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodelle. Das ist Ihre Chance, die Kostenflut einzudämmen, die Produktivität zu verbessern und die Mitarbeiter zu motivieren. So sichern Sie Ihre Konkurrenzfähigkeit.

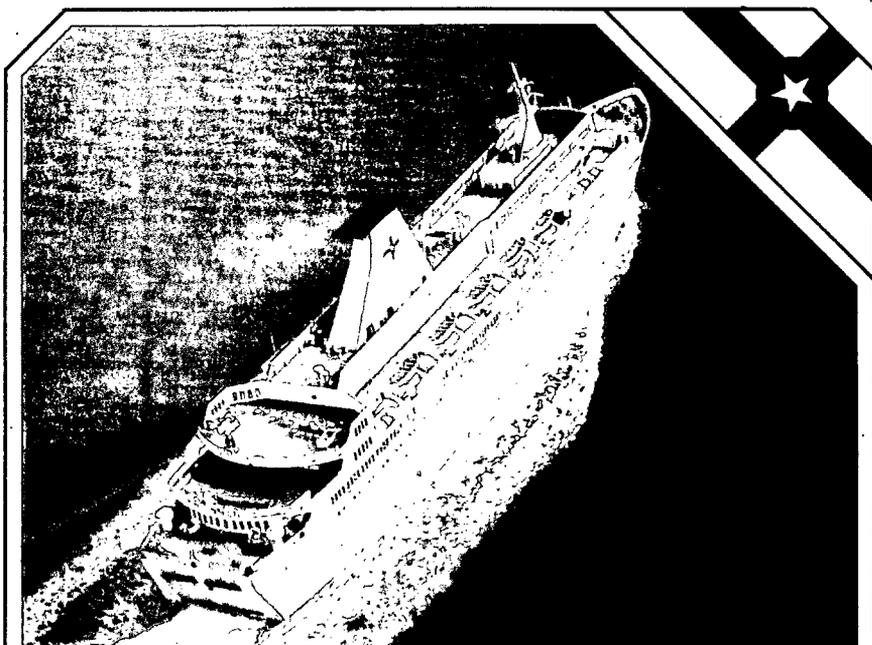
Bitte senden Sie Info-Material

**HENGSTLER**

**Maßstab für rationelle Zeiterfassung. Weltweit.**

HENGSTLER GLEITZEIT, Postf. 90, Abt. B 1  
 D-7209 Aldingen, Telefon 07424 - 894 38

# Geradewegs nach Norwegen.



Ihr Weg führt über die Autobahn nach Kiel und von dort direkt, auf kürzester Strecke, nach Oslo. Mit JAHRE LINE. Schneller und bequemer kommen Sie mit Ihrem Auto nicht nach Norwegen. Und die Seereise ist Ihr erster Urlaubstag. Sie werden ihn genießen.

Komfortable Salons, stilvolle Restaurants mit vielerlei Gaumenfreuden, aufmerksamer Service und viel Platz auf unseren modernen, großen Schiffen garantieren Ihr Wohlbefinden. Als einzige Reederei bieten wir Ihnen die Wahl zwischen zwei Klassen.

Reisequalität ist oberstes Gebot bei JAHRE LINE. Dafür sind wir bekannt.



**JAHRE LINE**

**KIEL · OSLO · KIEL**  
Immer eine Klasse besser

Unsere „schwimmenden Hotels mit Tiefgarage“ – M/S KRONPRINS HARALD und M/S PRINSESSE RAGNHILD – fahren täglich auf dieser Route. In beiden Richtungen.

Buchen können Sie in jedem Reisebüro oder bei Ihrem Automobil-Club.

**JAHRE LINE bietet Norwegen: Mit interessanten Kurz-Reisen, Norwegen-Kennenlernen-Reisen, Urlaubs-Reisen und Ferienhäusern in Norwegen.**

JAHRE LINE GmbH  
Oslo-Kai,  
2300 Kiel,  
Telefon  
0431/91 281

len die Eindringlinge kurzerhand hinaus-schaffen.

Erst ein Massaker machte den Protest der bunten Linkskoalition politisch salonfähig. Als Ende vergangenen Jahres Regierungstruppen der salvadorianischen Armee das Dorf Mozote dem Boden gleichmachten und dabei rund 900 Bewohner metzelten, rief die SPD erstmals öffentlich gegen die Junta auf. Die SPD-Bundestagsfraktion blockierte Pläne von Außenminister Genscher, den verwaisten Botschafterposten in El Salvador neu zu besetzen.

Aber vielen Linken sind die SPD-Genossen zu halbherzig. So hatte der Parteivorsitzende Willy Brandt, Friedensnobelpreisträger und geachteter Gesprächspartner in der Dritten Welt, Ende letzten Jahres den Gewerkschaften in einem Brief lapidar mitteilen lassen, an ihrem Spendenaufruf „Ein Stundenlohn für El Salvador“ wolle er sich „aus grundsätzlichen Erwägungen“ nicht beteiligen.

## TODESSTRAFE

### Schraube angezogen

**Problemfall für die deutsche Justiz: Todesurteile amerikanischer Militärgerichte auf dem Boden der Bundesrepublik, in der die Todesstrafe abgeschafft ist.**

Waldemar Schreckenberger, Justizminister von Rheinland-Pfalz, „hätte damit wirklich nicht gerechnet“. Aber an dem Spruch gab es formal nichts zu deuteln: Wegen Mordes an einer deutschen Frau hatte ein amerikanisches Militärgericht in Bad Kreuznach den US-Soldaten Leon B. Redmond, 22, zum Tode verurteilt.

Die achtköpfige Jury – ausschließlich Offiziere – erklärte den farbigen Obergefreiten für schuldig, die 19jährige Ilona Wietrychowsky in der Nacht zum 23. Juli letzten Jahres in einem Weinberg bei Hackenheim mit einem nicht identifizierten Gegenstand erschlagen zu haben.

Die Todesstrafe in einem Land zu verhängen, das sie kraft Verfassung abgeschafft hat, ist ein Paradoxon unter Nato-Partnerstaaten. Mit Unterzeichnung des Truppenstatuts haben sich die Nato-Länder wechselseitig zugestanden, auf ihrem Boden das Militärstrafrecht der Verbündeten zu dulden; das US-Militärstrafrecht sieht die Todesstrafe bei bestimmten Kapitalverbrechen vor.

Zwar übten die US-Militärjuroren in der Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg Zurückhaltung. Nur zweimal verhängten sie bislang die Todesstrafe: im Oktober 1959 in Göppingen gegen den 22jährigen Soldaten Edward Heilmann wegen Kameradenmordes und im Juli 1979 gegen den Gefreiten Wyatt Matthews, der in Grafenwöhr eine US-Offiziersfrau vergewaltigt und anschließend mit einer Schere erstochen hatte.